

Debatte um autofreien Kurfürstendamm. Der Autoverkehr auf dem Kurfürstendamm soll stark zurückgedrängt werden, um den Boulevard für Flaneure und Radfahrer attraktiver zu machen. Tempo 30 und autofreie Zonen sind das erklärte Ziel der rot-grün-roten Mehrheit in der Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf. Über zwei Anträge [der SPD](#) und [der Grünen](#) hatten wir im Oktober [berichtet](#). Nun hat der BVV-Verkehrsausschuss beide angenommen (und den Vorstoß der Grünen etwas abgemildert zum „Prüfauftrag“ erklärt). Dagegen stimmten Vertreter der CDU, FDP und AfD.

Der Bezirk allein kann eine Verkehrsberuhigung nicht umsetzen, weil bei Hauptverkehrsstraßen die Senatsverkehrsverwaltung federführend ist. Sie müsste die Verantwortung übertragen.

Die Meinungen aller BVV-Fraktionen können Sie im „Thema des Monats“ [auf der Webseite des Bezirks lesen](#). Wir fassen die Beiträge hier zusammen.

Jürgen Murach (SPD) findet, der Kurfürstendamm sei „derzeit nicht gerade ein Spitzen-Boulevard“. Man könne „von anderen europäischen Metropolen lernen“. In einem städtebaulichen Wettbewerb solle eine „Neuaufteilung des öffentlichen Raums“ zugunsten des Einzelhandels, der Gastronomie, der Barrierefreiheit und mehr Sitzgelegenheiten entwickelt werden. Die SPD-Fraktion wünscht sich Tempo 30 auf dem Ku’damm, den der Senat dafür „kurzfristig aus dem Hauptverkehrsstraßennetz entlassen“ müsse. Außerdem könnten „längere Abschnitte“ für den Durchgangsverkehr gesperrt werden. Ein Verkehrskonzept soll zeigen, wie dies „ohne eine gesundheitsgefährdende Erhöhung der Lärm- und Luftbelastung“ in Parallelstraßen wie der Kantstraße oder der Lietzenburger Straße möglich sei. Für BVG-Busse, Taxis und den Wirtschaftsverkehr will die SPD den Ku’damm offen halten.

Schon jetzt sei dieser ein „weltberühmter und hoch attraktiver Boulevard“, schreibt **Simon Hertel** (CDU). Es wäre „schlichtweg geschäftsschädigend“, Autos fernzuhalten. Das temporäre Projekt einer autofreien Friedrichstraße im Bezirk Mitte zeige, dass Gewerbetreibende hohe Umsatzeinbußen hinnehmen müssten und gemütliches Flanieren unmöglich werde, weil der Fahrradverkehr stark zunehme.

Die Grünen können sich „den Kurfürstendamm ohne private Autos vorstellen“ und wollen das „ausprobieren“. Ihr BVV-Antrag zielt zunächst auf einen Pilotversuch ab. Der Ku'damm und seine Seitenstraßen mit vielen kleinen Läden müssten „noch mehr“ zum Flanieren einladen. Die Fraktion hätte sich beispielsweise bei der Neugestaltung des Lehniner Platzes mehr Grünflächen gewünscht. Die meisten Kunden kämen per Bahn und Bus zum Einkaufen. „Als Madrid seine Innenstadt für Autos gesperrt hat, stiegen die Umsätze des Einzelhandels“, schreiben **Dagmar Kempf** und **Alexander Kaas Elias**.

Die FDP-Fraktion weist darauf hin, dass der Kurfürstendamm und die Tauentzienstraße „nach wie vor die am höchsten frequentierte Shoppingmeile der Stadt Berlin“ sind. Tatsächlich wird dies regelmäßig durch Passantenzählungen von Maklerfirmen bestätigt. Andererseits seien Reaktionen der Läden und der Bezirkspolitik auf den wachsenden Onlinehandel nötig, betonen **Johannes Heyne** und **Maximilian Rexrodt**. „Der Mix aus Einzelhandel, Filialisten, Gastronomie, Kultur usw. muss gehalten werden.“ Die „Verweildauer“ der Kunden könne nur zunehmen, wenn der Ku'damm „weiterhin zu Fuß, mit dem Fahrrad, mit öffentlichen Verkehrsmitteln und dem Auto erreichbar bleibt“.

„**Wir wollen den Autoverkehr nicht verbannen**“, stellt **Michael Seyfert** für die AfD-Fraktion klar. In der Wilmersdorfer Straße zeige sich, dass es für Fußgängerzonen „keine Erfolgsgarantie“ gebe. Denkbar sei eine „Entlastung“ des Ku'damms und der Tauentzienstraße durch eine Straßenbahn zwischen dem Wittenbergplatz und Halensee oder durch mehr Parkhäuser, die am besten unterirdisch entstehen sollten.

Die Linken wollen „den Durchgangsverkehr unterbinden“. Einen „konsequenten Umbau durch Vorstreckungen von Gehwegen oder Modalfilter, die nur für Radfahrende und den Bus- und Wirtschaftsverkehr durchlässig sind“ fordert **Sebastian Dieke**. Er erinnert auch an den [Unfall im September](#), bei dem ein Auto-Raser eine Frau lebensgefährlich und ihre Tochter schwer verletzt hatte. Der Bau einer Straßenbahnlinie und eine Verlängerung der U-Bahn bis zum S-Bahn-Ring „müssen vorangetrieben werden“. Neue Stadtmöbel und Blumenbeete könnten den Boulevard attraktiver machen. Kleine Läden sollten durch „gezielte Fördermaßnahmen“ wie Mietminderungen unterstützt werden.